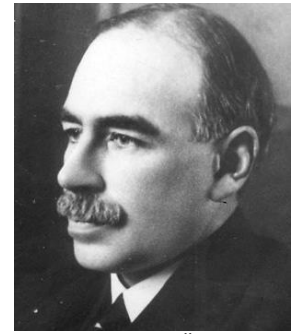


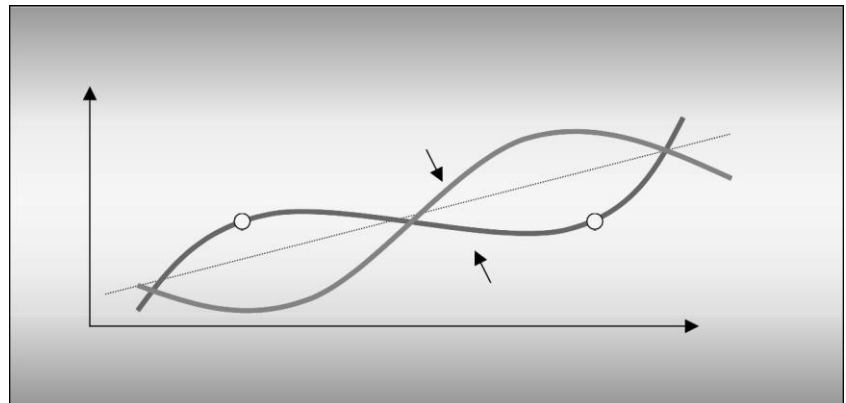
DIE NACHFRAGEORIENTIERTE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Unter dem Eindruck der hohen Arbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre entwickelte der englische Nationalökonom **John Maynard Keynes** eine Wirtschaftstheorie, die die Wirtschaftspolitik revolutionieren sollte. Keynes widerspricht der bis dahin vorherrschenden klassischen Wirtschaftstheorie, nach der eine den freien Marktkräften überlassene Volkswirtschaft automatisch zu Vollbeschäftigung führt. Adam Smith oder Jean Baptist Say argumentierten, dass die Beschäftigung von der Lohnhöhe abhänge. Bei Arbeitslosigkeit, also einem Überangebot an Arbeitskräften, müsse der Lohnsatz nur tief genug fallen, bis die Unternehmen die nun billiger gewordene Arbeit in größerem Umfang nachfragen und damit die Unterbeschäftigung abgebaut würde. Keynes hielt dem entgegen, dass die Senkung der Löhne kaum möglich sei, da die Gewerkschaften sich dagegen wehren würden und dies zudem zu einer Verringerung der Konsumnachfrage der privaten Haushalte führe. Keynes erkannte, dass zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit die Marktkräfte nicht ausreichen. Anders als die Klassiker verlangt er die **aktive Rolle des Staates** bei der Steuerung der Konjunktur: Ist die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wegen fehlender privater Nachfrage bezogen auf das gesamtwirtschaftliche Angebot zu gering, muss der Staat die fehlende Nachfrage der privaten Haushalte durch die Erhöhung seiner Staatsausgaben ausgleichen. Deshalb sind staatliche Beschäftigungsprogramme aufzulegen, um zusätzliche Nachfrage zu schaffen. Über die Initialzündung höherer Staatsinvestitionen soll ein positiver, sich selbst verstärkender Wirtschaftsprozess in Gang gesetzt werden. Der Staat hat also seine Ausgaben **antizyklisch** zum **Konjunkturverlauf** zu gestalten. Die Fiskalpolitik ist so zu gestalten, dass in der Rezession die Ausgaben kreditfinanziert (= Deficit Spending) zu erhöhen sind, im Boom sind höhere Steuereinnahmen zur Rückzahlung der Staatsschulden oder zur Bildung von Rücklagen (Sparen) zu verwenden.



Der britische Ökonom
John Maynard Keynes
(1883 – 1946)

- langfristiger Trend
- Depression
- Zeit
- Sozialprodukt
- Hochkonjunktur
- Antizyklische Fiskalpolitik
- Konjunkturwelle



Die Grundgedanken der Keynes'schen Theorie wurden im Jahr 1967 in das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“, kurz Stabilitätsgesetz genannt, aufgenommen. Darin sind eine Reihe von Instrumenten enthalten, die es dem Staat ermöglichen, dem Konjunkturverlauf entgegenzusteuern und eine antizyklische Wirtschaftspolitik zu betreiben. Als Mittel kommen fiskalpolitische Maßnahmen – also die Veränderung von Steuern bzw. Staatseinnahmen und Staatsausgaben – infrage.

Kritik an der Nachfragetheorie

- **Unkalkulierbare Wirkungsverzögerungen:** Zwischen wirtschaftspolitischen Entscheidungen und ihren Wirkungen können erhebliche zeitliche Verzögerungen (time lags) liegen. Gründe sind zeitraubende politische Entscheidungsprozesse und der Umstand, dass getroffene Maßnahmen nicht sofort greifen, mit der Folge, dass antizyklische Maßnahmen sich prozyklisch auswirken können.
- **Ausweitung des staatlichen Sektors:** Mit der Umsetzung der Keynes'schen Politik ist der Anteil des Staates am BIP (Staatsquote) deutlich gestiegen und erreichte schon in den 1980er Jahren über 50% mit der Folge steigender Steuer- und Abgabenlast.
- **Wachsende Staatsverschuldung:** Die kreditfinanzierten Beschäftigungsprogramme ließen die Staatsverschuldung drastisch ansteigen und schränken die Handlungsfähigkeit des Staates stärker ein.

Aufgaben:

1. *Beschreibe*, worin Nachfragetheoretiker die Ursache(n) für Wirtschaftskrisen sehen.
2. *Erkläre*, wie der Staat in Zeiten der Konjunkturschwäche handeln/ sich verhalten soll, um die Konjunktur wieder anzukurbeln.
3. *Ergänze* die Grafik (Mitte rechts) mithilfe der Begriffe (links) sinnvoll.